

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Friedrich Straetmanns, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/20260 –**

Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung (Bundratsdrucksache 130/20)

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf den Inhalt eines Gesetzentwurfs geschieht nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern sie vollzieht sich auch beim Verfassungsorgan Bundesregierung, etwa in den einzelnen Bundesministerien. Dort haben schon in den Beteiligungs- und Anhörungsverfahren gemäß den Vorschriften der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO), aber auch darüber hinaus Verbände und sonstige Personen außerhalb der Bundesregierung als Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter (im weiteren Text: externe Dritte) Möglichkeiten der Beeinflussung des Inhalts der gesetzlichen Regelungsvorschläge.

Grundsätzlich sind der Austausch der Bundesregierung mit externen Dritten und die Kenntnis, Abwägung und ggf. Berücksichtigung der im Laufe der Erstellung von Gesetzentwürfen geäußerten Stellungnahmen und enthaltenen alternativen Formulierungen nicht falsch, sondern ganz im Gegenteil: Das ist sogar wichtig. Die Bundesregierung kann und soll sich mit den in der Gesellschaft vorhandenen Auffassungen, Positionen und Interessen auseinandersetzen und diese im Rahmen der Erstellung von Gesetzentwürfen als Initiativberechtigte i. S. d. Artikels 76 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) ggf. berücksichtigen.

Dies muss nur für den Deutschen Bundestag als Gesetzgebungsorgan und nicht zuletzt auch für die Öffentlichkeit ersichtlich sein. „Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich.“ (BVerfGE 40, 296 (327)). Darüber hinaus sollten die unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller grundsätzlich gleiches Gehör bei der Bundesregierung finden.

Die Mitglieder des Deutschen Bundestages wissen nach Einschätzung der Fragestellerinnen und Fragesteller wenig Konkretes über die Erkenntnisquellen

des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung (Bundratsdrucksache 130/20), die ggf. durch externe Dritte im Prozess der Erstellung des Gesetzentwurfs eingeführt wurden und auf denen die konkreten Regelungsvorschläge ggf. beruhen. Der Deutsche Bundestag hat jedoch ein gewichtiges Interesse daran, die Übernahme bzw. positive Berücksichtigung der Vorschläge oder Stellungnahmen externer Dritter in dem Gesetzentwurf zu kennen. Zu der Bewertung eines konkreten Regelungsvorschlages gehört schließlich auch die Kenntnis, welchen spezifischen Interessen und Zielen er dient. Nur so kann umfassend ermessen werden, ob das Regelungsziel geteilt wird und ob die Regelung dafür unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen geeignet, erforderlich und angemessen ist.

Der Deutsche Bundestag kann nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller erwarten, dass die Bundesregierung von sich aus offenlegt, auf der Stellungnahme oder Forderung welches externen Dritten ein konkreter gesetzlicher Regelungsvorschlag ggf. beruht und ob ggf. eine Norm entgegen der ursprünglich vorgesehenen Fassung des Gesetzentwurfs nach der Verbändebeteiligung oder aufgrund anderweitig eingegangener Stellungnahme geändert worden ist. Dies sollte sich nämlich ohnehin aus der Gesetzesbegründung ergeben. In der Gesetzesbegründung sind gemäß § 43 Absatz 1 GGO „1. die Zielsetzung und Notwendigkeit des Gesetzentwurfs und seiner Einzelschriften“ sowie „2. welcher Sachverhalt dem Gesetzentwurf zugrunde liegt und auf welchen Erkenntnisquellen er beruht“ darzustellen. Gemäß § 49 Absatz 1 GGO sind Änderungen gegenüber dem jeweils vorangegangenen Entwurf kenntlich zu machen, also zu dokumentieren. Es ist kein Grund ersichtlich, die Kenntnis dieser Umstände dem Gesetzgebungsorgan vorzuenthalten. Es ist vorauszusetzen, dass die Bundesregierung nichts zu verbergen hat. Die Fragesteller gehen davon aus, dass die Bundesregierung das berechtigte Interesse der Öffentlichkeit und der Fragestellerinnen und Fragesteller sowie des Deutschen Bundestages auf substanziierte Informationen achtet. Sie erwarten, dass die Bundesregierung insbesondere zu den Fragen 3 bis 6, soweit Änderungen am Gesetzentwurf nach der Verbändeanhörung vorgenommen worden sind, diese einzeln benennt und genau begründet. Der bloße Verweis auf den Vergleich verschiedener Fassungen der Gesetzentwürfe der Bundesregierung mit den in der sog. Verbändeanhörung eingegangenen Stellungnahmen missachtete nach Auffassung der Fragesteller das parlamentarische Fragerecht.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung ist bestrebt, Regierungshandeln transparent und damit für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar zu gestalten. Daher hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Dezember 2016 der internationalen Initiative „Open Government Partnership“ angeschlossen, um die Transparenz des Regierungshandelns für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu erhöhen. Das Bundeskabinett hat am 15. November 2018 eine „Vereinbarung zur Erhöhung der Transparenz in Gesetzgebungsverfahren“ getroffen. Hierdurch soll die bereits in der 18. Legislaturperiode erprobte Praxis fortgesetzt werden, Gesetz- und Verordnungsentwürfe in der Form, in der sie in eine etwaige Verbändebeteiligung gegangen sind sowie den von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Vereinbarung ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1557560/3eb272d7adece1680649212178782fdb/2018-11-15-transparenz-gesetzgebungsverfahren-data.pdf?download=1>.

Daneben ist vereinbart, zusätzlich die Stellungnahmen aus der Verbändeanhörung (§ 47 Absatz 3 GGO) zu veröffentlichen. Bis zur Errichtung einer zentralen Plattform wird die Veröffentlichung über die Internetseiten der jeweiligen Ressorts erfolgen, auf die auch vom zentralen Internetauftritt der Bundesregierung aus verlinkt wird. Darüber hinaus weist die Bundesregierung darauf hin,

dass der weitere Verlauf des jeweiligen Rechtsetzungsvorhabens auf der Internetseite des Gemeinsamen Dokumentations- und Informationssystems von Bundestag und Bundesrat recherchiert werden kann. Öffentlich bereit gestellte Informationen machen Regierungshandeln besser nachvollziehbar.

Die Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärinnen/Staatssekretäre bzw. Staatsministerinnen/Staatsminister und Staatssekretärinnen/Staatssekretäre pflegen in jeder Wahlperiode im Rahmen der Aufgabewahrnehmung Kontakte mit einer Vielzahl von Akteuren aller gesellschaftlichen Gruppen. Dies schließt Kontakte ein, die aktuelle Gesetzentwürfe zum Thema haben. Unter diesen ständigen Austausch fallen Gespräche und auch Kommunikation in anderen Formen (schriftlich, elektronisch, telefonisch). Sie haben nicht, wie die Fragestellung möglicherweise andeutet, typischerweise einen lobbyistisch geprägten Hintergrund. Es ist weder rechtlich geboten noch im Sinne einer effizienten und ressourcenschonenden öffentlichen Verwaltung leistbar, entsprechende Informationen und Daten (z. B. sämtliche Veranstaltungen, Sitzungen und Termine nebst Teilnehmerinnen und Teilnehmern) vollständig zu erfassen oder entsprechende Dokumentationen darüber zu erstellen oder zu pflegen.

Parlamentarische Kontrolle von Regierung und Verwaltung verwirklicht den Grundsatz der Gewaltenteilung. Die Gewaltenteilung stellt aber nicht nur den Grund, sondern auch die Grenze der parlamentarischen Kontrolle dar. Parlamentarische Kontrolle ist politische Kontrolle, nicht administrative Überkontrolle (BVerfGE 67,100, 140). Parlamentarische Kontrolle kann die Regierungsfunktion auch stören und bedarf daher der Begrenzung auf ein funktionsverträgliches Maß (vgl. BVerfGE 110, 199 (219); 124, 78 (122); 137, 185, (250)).

Die Fragesteller haben eine Vielzahl von identischen Kleinen Anfragen zu verschiedenen Gesetzentwürfen der Bundesregierung gestellt, deren Auswahl soweit erkennbar als eher zufällig erscheint. Die Grenze zur administrativen Überkontrolle ist angesichts des Umfangs der Überprüfung der aktuellen Gesetzgebungstätigkeit und der Detailtiefe von einzelnen Fragen aus Sicht der Bundesregierung erreicht. Die Bundesregierung geht davon aus, dass dem Informationsbedürfnis der Fragesteller künftig durch die Veröffentlichung der Gesetz- und Verordnungsentwürfe sowie der Stellungnahmen aus der Verbändeanhörung auf den Internetseiten der jeweiligen Ressorts Genüge getan ist.

1. Welche Stellungnahmen oder sonstigen Schreiben mit Bezug zum Inhalt des im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhabens sind bei der Bundesregierung eingegangen (bitte alle Stellungnahmen etc. auflisten mit Angabe der bzw. des Einreichenden; des Eingangsdatums; des Empfängers und des Standes des Gesetzesvorhabens, beispielsweise Vorarbeiten, Eckpunktepapier, Referentenentwurf, Regierungsentwurf; und wo diese jeweils ggf. von der Bundesregierung veröffentlicht worden sind)?

Der Referentenentwurf des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und die diesbezüglichen zur Veröffentlichung freigegebenen Stellungnahmen sind auf der Internetseite des BMAS veröffentlicht:

<https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze/arbeit-von-morgen-gesetz.html>.

2. Nach welchen Kriterien wurden Umfang und Auswahl der Beteiligung von Zentral- und Gesamtverbänden sowie von Fachkreisen, die auf Bundesebene bestehen, von Unternehmen, Organisationen, Institutionen oder sonstigen externen Dritten für die sog. Verbändeanhörung (§ 47 Absatz 3 GGO) durch das federführende Bundesministerium bestimmt, und welche dieser externen Dritten wurden bei dem o. g. Gesetzentwurf in der Verbändeanhörung beteiligt?

Die Auswahl der Beteiligung für die sogenannte Verbändeanhörung (§ 47 Absatz 3 GGO) erfolgt auf Grundlage der angenommenen Betroffenheit vom Inhalt des Referentenentwurfs. Die betroffenen Verbände wurden beteiligt.

3. Welcher Regelungsvorschlag des o. g. Gesetzentwurfs ist (teil)identisch, also (teilweise) wortgleich oder inhaltsgleich mit welchem konkreten Vorschlag welcher externen Dritten, der im Rahmen der sogenannten Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangen ist (bitte ggf. jeweils im Einzelnen darlegen, wessen Vorschlag wann zu welcher Einfügung im Gesetzentwurf bzw. Änderung des Gesetzentwurfs geführt hat, und warum)?
4. Welcher Regelungsvorschlag des o. g. Gesetzentwurfs ist (teil)identisch, also (teilweise) wortgleich oder inhaltsgleich mit welchem konkreten Vorschlag welcher externen Dritten, der außerhalb der sogenannten Verbändebeteiligung gemäß § 47 Absatz 3 GGO eingegangen ist (bitte jeweils darlegen, wessen Vorschlag wann zu welchem Regelungsvorschlag des Gesetzentwurfs geführt hat, und warum)?
5. Welche der in den Fragen 3 und 4 aufgeführten Änderungen gegenüber der jeweils vorherigen Fassung des o. g. Gesetzentwurfs führen ggf. nach Auffassung der Bundesregierung zu welchem konkreten Unterschied im Hinblick auf den zu erwartenden Erfüllungsaufwand und/oder die zu erwartenden Kosten (vgl. § 44 Absatz 2 bis 5 GGO) des o. g. Gesetzentwurfs im Vergleich zu dem der jeweiligen Änderung vorausgegangenen Entwurf (bitte einzeln ausführen)?
6. Welche der in den Fragen 3 und 4 aufgeführten Änderungen gegenüber der vorherigen Fassung des o. g. Gesetzentwurfs wurden ggf. entgegen der entgegenstehenden (ursprünglichen) fachlichen Beurteilung des federführenden Bundesministeriums in den Gesetzentwurf aufgenommen, und ggf. warum ist dies jeweils geschehen (bitte einzeln ausführen und begründen)?

Die Fragen 3 bis 6 werden gemeinsam beantwortet.

Der Referentenentwurf hat im Rahmen der Ressortabstimmung sowie der Länder- und Verbändeanhörung Änderungen erfahren. Es ist üblich und Sinn und Zweck dieser Beteiligungen, dass die vorgetragenen Argumente im Rahmen einer Gesamtabwägung und unter Berücksichtigung der politischen Zielsetzung in die weiteren Überlegungen zum Vorhaben einfließen können.

Referentenentwürfe, Stellungnahmen von Verbänden mit deren Zustimmung sowie die Gesetzentwürfe werden auf der Internetseite des BMAS sukzessive veröffentlicht. Die vorgenommenen Änderungen sind daher transparent nachvollziehbar. Die Bundesregierung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es nicht Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion ist, frei verfügbare Informationen durch die Bundesregierung zusammentragen und anschaulich aufbereiten zu lassen.

7. Welche Gutachten, Studien, Expertisen, Untersuchungen, Prüfberichte o. Ä. von welchen externen Dritten (bzw. ggf. von welchen externen Dritten in Auftrag gegeben) wurden ggf. dem Gesetzentwurf als Erkenntnisquelle zugrunde gelegt (bitte ggf. jeweils auch darstellen, wo der Gesetzentwurf diese Erkenntnisquelle erwähnt)?

Bei der Erarbeitung von Regelungsvorschlägen wird auf die in der Bundesregierung vorhandene Expertise zurückgegriffen. Soweit dabei einzelne Studien, Unterlagen o. Ä. herausgehoben berücksichtigt werden, wurden diese in der Begründung erwähnt.

8. Wurden in die Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung ggf. konkrete Angaben, Erläuterungen bzw. Begründungen zu den in den Fragen 1 bis 7 erfragten Informationen aufgenommen, und falls ja, welche, und falls nein, warum nicht (bitte begründen)?

Auf die Antwort zu den Fragen 3 bis 6 wird verwiesen.

9. Welche vereinbarten dienstlichen Kontakte (alle nicht bloß zufälligen oder privaten Gespräche und Treffen bei Veranstaltungen, Sitzungen, Beratungen, Dienstreisen etc.) von Mitgliedern und/oder Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung (einschließlich Bundeskanzleramt) und der Bundesministerien mit externen Dritten haben im Zusammenhang mit dem im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhaben (beispielsweise mit der Initiierung, Erstellung, Änderung, Ablehnung, Vorbereitung, Ausarbeitung, Befassung, Beratung, Bewertung, Empfehlung oder Formulierung) mit welchem Ergebnis bezogen auf den Regelungsinhalt des Gesetzentwurfs stattgefunden (bitte tabellarisch mit Datum, Ort, teilnehmenden Personen und Thema bzw. genauem Regelungsvorschlag des Gesetzentwurfs und unter Beantwortung der nachfolgenden Fragen aufzuführen)?
 - a) Wann fand der Kontakt statt?
 - b) Welche externen Dritten nahmen bzw. welcher externer Dritte nahm teil?
 - c) Wer nahm auf Seiten der Bundesregierung, des Bundeskanzleramts und/oder der Bundesministerien teil?
 - d) Welchen Formulierungsvorschlag, sonstigen Vorschlag, welche Stellungnahme o. Ä. im Zusammenhang mit dem Kontakt haben welche externen Dritten bzw. hat welcher externer Dritter ggf. wann zu welchem konkreten Regelungsvorschlag des Gesetzentwurfs abgegeben?
 - e) Wurde ggf. der in Frage 9d genannte (alternative) Formulierungsvorschlag o. Ä. im Gesetzentwurf positiv berücksichtigt, und falls ja, inwieweit, und ist dieser Umstand ggf. im Gesetzentwurf dokumentiert worden (bitte ggf. jeweils für jede Stellungnahme und jede alternative Formulierung einzeln ausführen)?
 - f) Wurden Aufzeichnungen im Zusammenhang mit den jeweiligen Treffen angefertigt, und wenn ja, welche (z. B. Vorlagen zur Vorbereitung, Vermerke, Protokolle o. Ä.)?
 - g) Auf wessen Initiative fand jeweils der Kontakt statt (Initiative der externen Dritten oder Stelle in der Bundesregierung bzw. im Bundesministerium)?
 - h) Hatte ggf. die beteiligte Stelle in der Bundesregierung bzw. im Bundesministerium zum Zeitpunkt des jeweiligen Kontaktes nähere Kenntnisse über den bzw. die kontaktierten externen Dritten, wie beispielsweise die Namen der für diese/diesen tätigen Person bzw. Personen, das Geschäftsfeld bzw. den Tätigkeitsbereich und die jeweiligen

finanziellen und/oder wirtschaftlichen Interessen an dem Regelungsinhalt des Gesetzentwurfs, und falls ja, welche genau (bitte einzeln ausführen)?

- i) Handelten nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. die externen Dritten in fremdem Auftrag, und falls ja, haben sie diesen Umstand selbstständig offengelegt, oder wann, und wie hat die Bundesregierung das jeweils eigenständig festgestellt (bitte ausführen)?
- j) In wessen Auftrag handelten nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. die externen Dritten (bitte jeweils ausführen)?

Die Fragen 9 bis 9j werden gemeinsam beantwortet.

Wie in der Vorbemerkung der Bundesregierung ausgeführt ist parlamentarische Kontrolle politische Kontrolle, nicht administrative Überkontrolle (BVerfGE 67, 100, 140). Das parlamentarische Informationsrecht steht zudem unter dem Vorbehalt der Zumutbarkeit. Schon die Abfrage auf Leitungsebene hat bei einer Gesamtbetrachtung der identischen, zwischen dem 19. Dezember 2018 und dem 12. März 2019 beantworteten 57 Kleinen Anfragen die Grenzen der Zumutbarkeit erheblich überschritten. So mussten bei allen 57 Kleinen Anfragen die Termine sämtlicher Bundesministerinnen und Bundesminister, Parlamentarischer Staatssekretärinnen und Parlamentarischer Staatssekretäre bzw. Staatsministerinnen und Staatsminister und Staatssekretärinnen und Staatssekretären geprüft werden, selbst wenn ein fachlicher Bezug der jeweiligen Personen teilweise sehr fernliegend war.

Die Bundesregierung hat insgesamt 82 Bundesminister und Bundesministerinnen, Staatsminister und Staatsministerinnen, Parlamentarische Staatssekretäre und Parlamentarische Staatssekretärinnen sowie Staatssekretäre und Staatssekretärinnen. Für die zwischen dem 19. Dezember 2018 und dem 12. März 2019 beantworteten 57 Kleinen Anfragen bei 15 Ressorts waren daher bereits 4.674 Überprüfungen erforderlich. Die Überprüfungen sind regelmäßig mit erheblichem Aufwand verbunden. Da in Gesetzesvorhaben zumeist nicht nur eine, sondern mehrere Regelungen getroffen werden, müssen die abgefragten Vorhaben zunächst auf ihre inhaltlichen Bestandteile hin analysiert werden. Anschließend müssen die Akten entsprechend auf mögliche Gespräche zu diesen Regelungsinhalten überprüft werden, so dass in der Regel bereits bei der Überprüfung eines Termins zu einem Vorhaben mehrere Personen eingebunden werden müssen. Dies nimmt erhebliche Zeit in Anspruch. Gemäß den Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung werden Gespräche jedoch in der Regel nur zu Themen geführt, die in der Federführung des eigenen Ressorts liegen oder das eigene Ressort im besonderen Maße betreffen. Entsprechend haben diese Überprüfungen bei Personen aus den nicht federführenden oder fachlich nicht betroffenen Ressorts regelmäßig Fehlanzeigen ergeben.

Gerade vor dem Hintergrund, dass hier nicht gezielt nach einer bestimmten Regelung gefragt wird, sondern pauschal die gesamte Gesetzgebungstätigkeit der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode abgefragt wird, werden nunmehr in der Antwort zu Frage 9 nur noch die Akten des jeweils federführenden und der fachlich betroffenen Ressorts (hier: BMAS, BMBF, BMJV, BMWi, BMFSFJ, BMU, BMI, BMG und BMF) sowie des Bundeskanzleramtes für den Zeitraum vom 14.03.2018 (Konstituierung der Bundesregierung) bis 10.03.2020 (Kabinettsbeschluss des Gesetzentwurfs) überprüft.

Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche – einschließlich Telefonate – besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung der Bundesregierung zu dieser Kleinen Anfrage sowie in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Bundestagsdrucksache 18/1174). Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der

vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen. Diesbezügliche Daten sind somit möglicherweise nicht vollständig.

Die Abfrage hat folgende Gespräche mit externen Dritten (nur Leitungsebene) bezogen auf den Regelungsgegenstand des Referentenentwurfs ergeben:

Dienstliche Kontakte der Bundesregierung, des BK Amt und der Bundesministerien (nur Leitungsebene)	Datum	Ort (bzw. Telefonat / Telefonkonferenz)	Externe Teilnehmer
Bundesministerium für Arbeit und Soziales			
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	20.01.2020	Berlin	Reiner Hoffmann, DGB Oliver Malchow, GdP Marlis Tepe, GEW Michael Vassiliadis, IG BCE Frank Werneke, ver.di Torsten Westphal, EVG Guido Zeitler, NGG Konrad Klingenburg, DGB
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	15.01.2020	Berlin	Ministerinnen und Minister des Bundeskanzleramts, BMWi und BMBF (Format +1) Chefinnen und Chefs der Senatskanzleien der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen Personalvorstände und Betriebsratsvorsitzende von BMW, Daimler, Ford, Opel und VW, Bosch, Conti, Mahle, Schaeffler und ZF Friedrichshafen Vertreterinnen und Vertreter von IG Metall, DGB, BDA, VDA und Gesamtmetall Detlef Scheele, Bundesagentur für Arbeit
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	14.01.2020	Berlin	Ingo Kramer, BDA Reiner Hoffmann, DGB
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	18.12.2019	Telefonat	Carl Martin Welcker, Präsident VDMA
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	21.11.2019	Düsseldorf	Dietmar Bell, MdL, SPD, Vorsitzender der Enquetekommission „Zukunft der Arbeit“ in NRW Gabi Schilling, IG Metall Michaela Evans, Institut Arbeit und Technik Gundula Frieling, Deutscher Volkshochschul-Verband Eric Schley, DGB-Jugend NRW

Dienstliche Kontakte der Bundesregierung, des BK Amt und der Bundesministerien (nur Leitungsebene)	Datum	Ort (bzw. Telefonat / Telefonkonferenz)	Externe Teilnehmer
Bundesministerium für Arbeit und Soziales			
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	19.11.2019	Düsseldorf	Felix Kendziora, Vizepräsident der Handwerkskammer Aachen Ralf Noltemeyer, Vizepräsident der Handwerkskammer OWL zu Bielefeld Klaus Feuler, Vizepräsident der Handwerkskammer Dortmund Karl-Heinz Reidenbach, Vizepräsident der Handwerkskammer Düsseldorf Alexander Hengst, Vizepräsident der Handwerkskammer zu Köln Franz Wieching, Vizepräsident der Handwerkskammer Münster Helmut Hagemann, Vizepräsident der Handwerkskammer Südwestfalen Andreas Oehme, Geschäftsführer des Westdeutschen Handwerkskammertages Norbert Wichmann, Gewerkschaftssekretär DGB Bezirk NRW Daniel Fissenewert, Landesgeschäftsführer Kolpingwerk NRW
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	18.11.2019	Berlin	Jörg Hofmann, 1. Vorsitzender IG Metall Christiane Benner, 2. Vorsitzende IG Metall Mark Bäcker, GBR-Vors. IAV Bernd Lösche, Stellv. GBR-Vors. Opel Michael Brecht, GBR-Vors. Daimler Benjamin Gruschka, Stellv. GBR-Vors. Ford Hartwig Geisel, GBR-Vors. Bosch Norbert Lenhard, Schaeffler Lorenz Pfau, GBR-Vors. Conti Uwe Schwarte, GBR-Vors. Mahle Saki Stimoniaris, GBR-Vors. MAN Christian Brunkhorst, IG Metall, Stabsstelle strat. und pol. Planung, Zulieferer- und Fahrzeugbau Ralph Obermayer, IG Metall, Fachbereich Grundsatzzfragen und Gesellschaftspolitik
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	04.11.2019	Berlin	Fraktions- und Parteivorsitzende der Koalition Ressorts BMAS, BMBF, BMF, BMWi, BMU, BMVI Länder: BW, Niedersachsen, NRW, Hessen Hersteller: BMW, Daimler, VW, Opel, Ford Zulieferer: Bosch, Conti, ZF Friedrichshafen, Schaeffler, Mahle Sozialpartner: IG Metall, VDA Henning Kagermann (Leiter), Klaus Fröhlich
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	01.11.2019	Telefonat	Jörg Hofman, IGM

Dienstliche Kontakte der Bundesregierung, des BKAmtes und der Bundesministerien (nur Leitungsebene)	Datum	Ort (bzw. Telefonat / Telefonkonferenz)	Externe Teilnehmer
Bundesministerium für Arbeit und Soziales			
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	16.09.2019	Berlin	Frank Bsirske, ver.di Robert Feiger, IG BAU Reiner Hoffmann, DGB Jörg Hofmann, IG Metall Alexander Kirchner, EVG Marlis Tepe, GEW Michael Vassiliadis, IG BCE Konrad Klingenburg, DGB
Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil	27.08.2019	Telefonat	Jörg Hofmann, IG Metall Tanja Smolenski Stefanie Janczyk
Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Leonie Gebers	26.02.2020	Berlin	Karl-Sebastian Schulte, ZDH
Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Leonie Gebers	17.02.2020	Telefonat	Jörg Hofmann, IG Metall
Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Leonie Gebers	08.01.2020	Berlin	Andreas Rade, Holger Wuchold, Hauptstadtbüro VDMA
Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Leonie Gebers	22.11.2019	Telefonat	Dr. Ariane Reinhart, Continental
Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Leonie Gebers	31.10.2019	Berlin	Betriebsratsvorsitzende der DAX-30 Unternehmen
Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Leonie Gebers	21.10.2019	Berlin	Roland Wolf, Dr. Anna Robra, beide BDA
Staatssekretärin für Arbeit und Soziales, Leonie Gebers	02.10.2019	Berlin	Annelie Buntenbach, Johannes Jacob, beide DGB

Bundeskanzleramt			
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	03.09.2018	Meseberg	<p>Dieter Kempf, Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)</p> <p>Ingo Kramer, Präsident Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)</p> <p>Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)</p> <p>Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH)</p> <p>Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB</p> <p>Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall</p> <p>Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di</p> <p>Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE</p> <p>Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion</p> <p>Ariane Reinhart, Personalvorständin, Continental AG</p> <p>Hasan Allak, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Continental AG</p> <p>Jan Marco Leimeister, Universitätsprofessor für Wirtschaftsinformatik, Universitäten Kassel und St. Gallen</p>
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	17.06.2019	Meseberg	<p>Dieter Kempf, Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)</p> <p>Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)</p> <p>Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH)</p> <p>Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB</p> <p>Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall</p> <p>Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di</p> <p>Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion</p> <p>Volkmar Denner, Vorsitzender der Geschäftsführung, Robert Bosch GmbH</p> <p>Kerstin Mai, Mitglied des Konzernbetriebsrates, Robert Bosch GmbH</p> <p>Hans Christian Boos, Geschäftsführer, arago GmbH und Mitglied des Digitalrates</p> <p>Sascha Stowasser, Direktor des Instituts für angewandte Arbeitswissenschaft</p>

Bundeskanzleramt			
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	24.06.2019	Berlin	Günther Schuh, Geschäftsführer e.GO Mobile Wilhelm Bauer, Geschäftsführender Institutsleiter Fraunhofer IAO Henning Kagermann, Vorsitzender Lenkungskreis Nationale Plattform Zukunft der Mobilität Bernhard Mattes, Präsident Verband der Automobilindustrie Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall Harald Krüger, Vorstandsvorsitzender, BMW AG Manfred Schoch, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, BMW AG Michael Bolle, Geschäftsführer, Robert Bosch GmbH Hartwig Geisel, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Robert Bosch GmbH Ariane Reinhart, Personalvorständin, Continental AG Lorenz Pfau, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat, Continental AG Ola Källenius, Vorstandsvorsitzender, Daimler AG Michael Brecht, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Daimler AG Markus Schäfer, Vorstandsmitglied, Daimler AG Herbert Diess, Vorstandsvorsitzender, Volkswagen AG Bernd Osterloh, Betriebsratsvorsitzender Volkswagen AG Frank Welsch, Vorstandsmitglied, Volkswagen AG Wolf-Henning Scheider, Vorstandsvorsitzender, ZF Friedrichshafen
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	30.10.2019	Berlin	Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	04.11.2019	Berlin	Thomas Weber, Mitglied Lenkungskreis, Nationale Plattform Zukunft der Mobilität Klaus Fröhlich, Mitglied Lenkungskreis, Nationale Plattform Zukunft der Mobilität Bernhard Mattes, Präsident, Verband der Automobilindustrie Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall Oliver Zipse, Vorstandsvorsitzender, BMW AG Ariane Reinhart, Personalvorständin, Continental AG Hasan Allak, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Continental AG Ola Källenius, Vorstandsvorsitzender, Daimler AG

Bundeskanzleramt			
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	04.11.2019	Berlin	Michael Brecht, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Daimler AG Gunnar Herrmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ford-Werke GmbH Martin Hennig, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Ford-Werke GmbH Jörg Stratmann, Vorstand der Geschäftsleitung, Mahle-Konzern Uwe Schwarte, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Mahle-Konzern Michael Lohscheller, Geschäftsführer der Opel Automobile GmbH Uwe Baum, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Opel Automobile GmbH Stefan Hartung, Geschäftsführer, Robert Bosch GmbH Hartwig Geisel, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Robert Bosch GmbH
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	02.12.2019	Berlin	Michael Lohscheller, Geschäftsführer der Opel Automobile GmbH Uwe Baum, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Opel Automobile GmbH
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	02.12.2019	Berlin	Gunnar Herrmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ford-Werke GmbH Martin Hennig, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Ford-Werke GmbH
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	02.12.2019	Berlin	Dieter Kempf, Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Ingo Kramer, Präsident Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Ulrich Grillo, Vizepräsident Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Ingeborg Neumann, Vizepräsidentin Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sowie Präsidentin, Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e.V. Kai Beckmann, Vizepräsident Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sowie Präsident Bundesarbeitsgeberverband Chemie Rainer Dulger, Vizepräsident Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sowie Präsident Gesamtmetall (Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie) Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

Bundeskanzleramt			
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel	15.01.2020	Berlin	<p>Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB Stefan Körzell, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied Konrad Klingenburg, DGB-Bundesvorstandssekretär Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall Frank Werneke, Vorsitzender von ver.di Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW, Robert Feiger, Vorsitzender der IG BAU Guido Zeitler, Vorsitzende der NGG, Dietmar Schilff, stellvertretender Vorsitzender der GdP Torsten Westphal, Vorsitzender der EVG</p>
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	03.09.2018	Meseberg	<p>Dieter Kempf, Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Ingo Kramer, Präsident Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH) Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion Ariane Reinhart, Personalvorständin, Continental AG Hasan Allak, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Continental AG Jan Marco Leimeister, Universitätsprofessor für Wirtschaftsinformatik, Universitäten Kassel und St. Gallen</p>

Bundeskanzleramt			
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	17.06.2019	Meseberg	<p>Dieter Kempf, Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH) Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion Volkmar Denner, Vorsitzender der Geschäftsführung, Robert Bosch GmbH Kerstin Mai, Mitglied des Konzernbetriebsrates, Robert Bosch GmbH Hans Christian Boos, Geschäftsführer, arago GmbH und Mitglied des Digitalrates Sascha Stowasser, Direktor des Instituts für angewandte Arbeitswissenschaft</p>
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	24.06.2019	Berlin	<p>Günther Schuh, Geschäftsführer, e.GO Mobile Wilhelm Bauer, Geschäftsführender Institutsleiter, Fraunhofer IAO Henning Kagermann, Vorsitzender Lenkungs-kreis, Nationale Plattform Zukunft der Mobilität Bernhard Mattes, Präsident, Verband der Automobilindustrie Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall Harald Krüger, Vorstandsvorsitzender, BMW AG Manfred Schoch, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, BMW AG Michael Bolle, Geschäftsführer, Robert Bosch GmbH Hartwig Geisel, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Robert Bosch GmbH Ariane Reinhart, Personalvorständin, Continental AG Lorenz Pfau, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat, Continental AG Ola Källenius, Vorstandsvorsitzender, Daimler AG Michael Brecht, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Daimler AG Markus Schäfer, Vorstandsmitglied, Daimler AG Herbert Diess, Vorstandsvorsitzender, Volkswagen AG Bernd Osterloh, Betriebsratsvorsitzender Volkswagen AG Frank Welsch, Vorstandsmitglied, Volkswagen AG Wolf-Henning Scheider, Vorstandsvorsitzender, ZF Friedrichshafen</p>

Bundeskanzleramt			
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	07.10.2019	Berlin	Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	23.10.2019	Berlin	Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	04.11.2019	Berlin	<p>Thomas Weber, Mitglied Lenkungskreis, Nationale Plattform Zukunft der Mobilität</p> <p>Klaus Fröhlich, Mitglied Lenkungskreis, Nationale Plattform Zukunft der Mobilität</p> <p>Bernhard Mattes, Präsident, Verband der Automobilindustrie</p> <p>Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall</p> <p>Oliver Zipse, Vorstandsvorsitzender, BMW AG</p> <p>Ariane Reinhart, Personalvorständin, Continental AG</p> <p>Hasan Allak, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Continental AG</p> <p>Ola Källenius, Vorstandsvorsitzender, Daimler AG</p> <p>Michael Brecht, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Daimler AG</p> <p>Gunnar Herrmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ford-Werke GmbH</p> <p>Martin Hennig, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Ford-Werke GmbH</p> <p>Jörg Stratmann, Vorstand der Geschäftsleitung, Mahle-Konzern</p> <p>Uwe Schwarte, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Mahle-Konzern</p> <p>Michael Lohscheller, Geschäftsführer der Opel Automobile GmbH</p> <p>Uwe Baum, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Opel Automobile GmbH</p> <p>Stefan Hartung, Geschäftsführer, Robert Bosch GmbH</p> <p>Hartwig Geisel, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Robert Bosch GmbH</p> <p>Klaus Rosenfeld, Vorstandsvorsitzender, Schaeffler AG</p> <p>Norbert Lenhard, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Schaeffler AG</p> <p>Herbert Diess, Vorstandsvorsitzender, Volkswagen AG</p> <p>Bernd Osterloh, Betriebsratsvorsitzender Volkswagen AG</p> <p>Wolf-Henning Scheider, Vorstandsvorsitzender, ZF Friedrichshafen</p> <p>Carmen Bahlo, Betriebsratsvorsitzende, ZF Friedrichshafen</p>

Bundeskanzleramt			
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	20.11.2019	Berlin	Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	02.12.2019	Berlin	Dieter Kempf, Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Ingo Kramer, Präsident Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Ulrich Grillo, Vizepräsident Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Ingeborg Neumann, Vizepräsidentin Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sowie Präsidentin, Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e.V. Kai Beckmann, Vizepräsident Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sowie Präsident Bundesarbeitgeberverband Chemie Rainer Dulger, Vizepräsident Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sowie Präsident GESAMTMETALL (Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie) Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	10.01.2020	Berlin	Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	15.01.2020	Berlin	Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeber (BDA) Rainer Dulger, Präsident Gesamtmetall Arndt G. Kirchhoff, Vizepräsident Verband der Automobilindustrie Wilfried Porth, Vorstand und Arbeitsdirektor Daimler AG Michael Brecht, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Daimler AG Christoph Kübel, Arbeitsdirektor, Robert Bosch GmbH Hartwig Geisel, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Robert Bosch GmbH

Bundeskanzleramt			
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben Prof. Dr. Helge Braun	15.01.2020	Berlin	Ilka Horstmeier, Arbeitsdirektorin, BMW AG Manfred Schoch, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, BMW AG Gunnar Kilian, Personalvorstand, Volkswagen AG Bernd Osterloh, Betriebsratsvorsitzender Volkswagen AG Ralph Wangemann, Arbeitsdirektor, Opel Automobile AG Uwe Baum, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Opel Automobile AG Corinna Schittenhelm, Personalvorständin, Schaeffler AG Norbert Lenhard, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Schaeffler AG Rainer Ludwig, Geschäftsführer Personal, Ford-Werke GmbH Martin Hennig, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Ford-Werke GmbH Ariane Reinhart, Personalvorständin, Continental AG Hasan Allak, Konzernbetriebsratsvorsitzender, Continental AG Anke Felder, Geschäftsführerin Personal, Mahle-Konzern Uwe Schwarte, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Mahle-Konzern Frank Iwer, Personalleiter, ZF Friedrichshafen AG Achim Dietrich, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, ZF Friedrichshafen AG

10. Wann wurde ggf. das Beteiligungsverfahren nach § 47 Absatz 3 GGO begonnen, und welche Frist wurde dabei zur Abgabe der Stellungnahme gesetzt (bitte die Anzahl der Werkzeuge zwischen dem Datum der Zuleitung und des Fristablaufs angeben)?

Das Beteiligungsverfahren nach § 47 Absatz 3 GGO wurde am 18. Februar 2020 mit Frist zum 27. Februar 2020 eingeleitet.

11. Wurden bestimmten Verbänden oder externen Dritten noch vor der formalen Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO die Vorentwürfe, Eckpunkte o. ä. Vorarbeiten zu dem im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhaben zugeleitet, und wenn ja, welchen, und wann?

Nein.

12. Wann wurde ggf. die Unterrichtung gemäß § 48 Absatz 1 und 2 GGO jeweils durchgeführt?

Die Regierungsfractionen des Deutschen Bundestages sowie der Bundesrat wurden am 10. März 2020 unterrichtet. Die Unterrichtung der Oppositionsfractionen ist auf den 13. März 2020 zu datieren.

